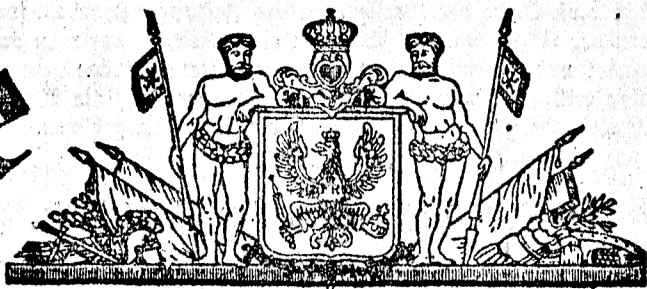


Vossische Zeitung



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 8.70 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion: (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V.: Rolf Galler in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800-11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der Staatsstreich in Ungarn.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 7. August.

Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß der militärische Putsch in Budapest von französischer Seite unterstützt wurde, und daß an ihm sowohl die Szegediner Gegenregierung wie auch mehrere nach Wien entsandte Politiker beteiligt waren.

Man sieht aus diesen Worten Lovaszy's, daß die Fäden zur Ausrichtung Erzherzog Josephs nach allen Richtungen hinzuführen, insbesondere nach Szegedin und, wie mit Sicherheit wird, in das Hauptquartier des Generals Franchet d'Esperey.

Der neue Ministerpräsident Stephan Friedrich ist 38 Jahre alt und besitzt in der Nähe Budapests eine kleine Maschinenfabrik. Er lebte vor dem Kriege acht Jahre lang in Amerika.

Paris—Budapest.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 7. August.

Die Stellung der Entente als Gesamtheit zu den Vorgängen in Ungarn ist undurchsichtig. Es ist bekannt, daß Italien die rumänischen Bestrebungen unterstützt, und es besteht kein Zweifel, daß man in Rom einem rumänisch-ungarischen Ausgleich keinen Widerstand entgegensehen würde.

Diese Missionen haben in den letzten Tagen mit allen verfügbaren ungarischen Politikern in Wien konferiert. Ein hochgestellter ungarischer Staatsmann, mit dem ich gestern zu sprechen Gelegenheit hatte, sagte mir: „Die Wiener Ententemissionen haben Verhältnisse für die Notwendigkeiten in Ungarn, wo es vernünftig und wohlkommen ausreichend wäre, zunächst eine gemischte bürgerlich-sozialistische Regierung einzuführen.“

Mein Gewährsmann, der bis zuletzt unter Kaiser Karl einen ersten Rang einnahm und der selbst für sich und seine Stammesgenossen noch nicht die Zeit gekommen sieht, wieder nützlich zu

Ungarn wirken zu können, schien mit besonderer Beforgnis auf die extremen Absichten der Szegediner Gegenrevolutionäre zu blicken. Er ahnte noch nichts davon, obgleich er von dem aus der Schweiz nach Wien zurückgekehrten Grafen Andrássy und dem aus Budapest von den Bürgerlichen entsandten Czerninister Lovaszy konsultiert worden war, daß ein royalistischer Putsch so dicht bevorstände.

Der Staatenauschuh für die Reichsfinanzhoheit.

Ein Erfolg Erzbergers.

Weimar, 7. August.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

In der heute unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen Erzberger abgehaltenen Vollsitzung des Staatenauschusses wurde außer dem Entwurf einer Verordnung über Delforschäfte und daraus gewonnenen Erzeugnisse der Einbringung des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung an die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung zugestimmt.

Dieser Beschluß, der den unklaren Gedanken der Finanzhoheit des Reiches zur Geltung bringt, bedeutet angesichts der starken Opposition, die gegen Erzbergers Steuerplan bis in die letzten Tage seitens mehrerer Bundesstaaten geübt wurde, einen großen Erfolg des Reichsfinanzministers.

Hoover an die Bergarbeiter Europas.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Verfaillies, 7. August.

Der „Matin“ veröffentlicht einen Appell Hoovers an die Bergarbeiter Europas, nicht nur das zu tun, was sie tun könnten, sondern das, was sie tun müßten. Der Achtstundentag dürfe nicht zu einer Arbeitszeit von sieben oder sechsundsiebzig Stunden herabsinken.

Die belgische Regierung hat nach Meldungen aus Brüssel die Kohlenausfuhr nach anderen Ländern als nach Frankreich verboten.

Gegen die Verhinderung der Ratifizierung.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Bern, 7. August.

Nach französischen Blättern haben Viviani und Barthou gegen die Absicht, die Beratung des Friedensvertrages mit Deutschland in der französischen Kammer erst am 2. September beginnen zu lassen, entschiedenen Einspruch erhoben.

Die Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Ausschüsse der französischen Kammer, die heute vormittag unter Vorsitz des Kammerpräsidenten Deschanel tagten, beschloßen, am Dienstag, den 26. August, die Beratungen über den Friedensvertrag zu beginnen.

Dutasta kommt nicht nach Berlin.

Paris, 7. August. (W. L. B.)

Zu der Nachricht, daß sich Dutasta nach Berlin begeben werde, erwähnt das Blatt „Paris-Midi“, daß diese Nachricht in diplomatischen Kreisen verneint werde. Es werde auch daran erinnert, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland, solange der Friedensvertrag nicht ratifiziert sei, unmöglich sei.

Die Anzeigensteuer.

Von Dr. Franz Ullstein.

Die Umsatzsteuer soll erhöht werden, und zwar auf das Doppelte. Außerdem erfolgt der Ausbau. Nach beiden Richtungen wird das Zeitungsgewerbe davon betroffen. Da der Preis des Druckpapiers sich vervielfacht hat und ähnlich auch alle anderen Materialien gestiegen sind, bedeutet die Erhöhung des Steuersatzes tatsächlich bereits eine Verzehnfachung.

Aber, wie gesagt, hiermit wird sich das Zeitungsgewerbe abfinden müssen, weil es als Gewerbe keine Bevorzugung vor anderen Unternehmertreibern in gleicher Notlage beanspruchen darf.

Wogegen aber der schärfste Widerspruch erhoben werden muß, ist der Versuch, der jetzt gemacht wird, auf dem Wege über einen Ausbau der Umsatzsteuer in diese eine Injunktsteuer, d. h. eine Sondersteuer für oder richtiger gegen das Zeitungsgewerbe einzuschmuggeln.

Was das hat man sich aber schon klargemacht, als vor dem Kriege im Deutschen Reichstag über die Injunktsteuer verhandelt wurde und damals von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sich fast völlige Uebereinstimmung in der Verwerfung der Regierungsvorschläge ergab.

Welcher Grund liegt also jetzt vor, diese Pläne wieder aufzunehmen? Fast scheint es, als ob man das Geschrei fürchtet, mit dem in wildem Durcheinander und in völliger Unklarheit über Ziele und Wege halb Verstaatlichung, halb Verstaatlichung des Anzeigenwesens, bald völlige Unterdrückung der Anzeigen oder ihre Monopolisierung oder die Sozialisierung des Anzeigengeschäfts oder gar der gesamten Presse gefordert wird.

Tatsächlich birgt aber eine Anzeigensteuer bereits dieselben Gefahren, die die vollständige Abschneidung des Anzeigengeschäfts über die Presse heraufbeschwören würde. Diese Gefahr besteht in der Deffnung einer Korruptionsquelle, von der die deutsche Presse bisher verschont geblieben ist.

Die Bemühungen, auf dem Wege über die Redaktionsempfehlungen in die Blätter zu bringen, werden erheblich zunehmen. Zweifel darüber, ob ein Hinweis auf Bilder, z. B. Bilder, auf kunstgewerbliche Erzeugnisse und Antiquitäten, auf Vorträge und Unterricht, Bäder und Hotels, neue Erfindungen, Möbel und Modeausstellungen und dergleichen in dem redaktionellen Teil gebracht werden müssen oder auf den Anzeigenteil verwiesen werden können, dürften dann sehr häufig zugunsten rein geschäftlicher Interessen aufstehender entschieden werden. Bald wird keine geschäftliche Empfehlung mehr das redaktionelle Mantelchen vermissen